

Wichtige Digitalvorhaben beschlossen

[27.11.2025] Der IT-Planungsrat hat bei seiner letzten Sitzung des Jahres zentrale Beschlüsse zur Verwaltungsdigitalisierung gefasst. Er konkretisiert die EUDI-Wallet-Anbindung, übernimmt den KI-Marktplatz MaKI, stärkt Open-Source-Beschaffung und verstetigt die EfA-Lenkungsgruppe.

Bei seiner letzten Sitzung in Stralsund hat der [IT-Planungsrat](#) zentrale Beschlüsse für die weitere Digitalisierung von Staat und Verwaltung gefasst. Mit seinem Beschluss zur Weiterentwicklung des Zielbildes für die Verwaltungsanbindung an die EUDI-Wallet hat der IT-Planungsrat nach eigenen Angaben einen wichtigen Schritt zur strategischen Vorbereitung der künftigen Integration der europäischen digitalen Identitätsbrieftasche in öffentliche Verwaltungsprozesse getan. Auf dieser Basis werden Bund und Länder gemeinsam definieren, wie Nachweise – etwa Führerscheine, Zeugnisse oder behördliche Bescheinigungen – perspektivisch sicher digital bereitgestellt, geprüft und in Verwaltungsverfahren genutzt werden können. Damit will der IT-Planungsrat die Grundlage für europaweit interoperable und medienbruchfreie Verwaltungsprozesse legen und einen einheitlichen Orientierungsrahmen für die spätere Umsetzung durch Bund, Länder und Kommunen schaffen.

Von KI bis zur Beschaffung von Open-Source-Software

Daneben hat das Gremium die Übernahme des Marktplatzes der KI-Möglichkeiten (MaKI) als eigenständiges Produkt zum 1. Januar 2027 beschlossen. Der MaKI dient als nationales KI-Transparenzregister und zentrale Austauschplattform für KI-Systeme in Bund, Ländern und Kommunen. Künftig sollen öffentliche Stellen dort KI-Anwendungen registrieren, Informationen teilen und die Nachnutzung von Lösungen fördern können. Der Roll-out für alle Verwaltungsebenen startet bereits im Dezember 2025.

Ein weiteres Thema war die Anpassung der EVB-IT-Vertragsmuster zur Beschaffung von Open-Source-Software. Mit den neuen EVB-IT-Vorlagen können Verwaltungen Open-Source-Lösungen rechtssicher und wettbewerbsoffen beschaffen. Damit sollen das Prinzip „Public Money, Public Code“ als Leitgedanke staatlicher IT-Beschaffungen weiter verankert und die digitale Souveränität gestärkt werden. Um die koordinierte Finanzierung und Weiterentwicklung der nach dem Einer-für-Alle-Prinzip (EfA) entwickelten digitalen Verwaltungsleistungen langfristig zu sichern, soll außerdem die Arbeit der bisherigen Projektgruppe EfA-Finanzierung in eine dauerhafte Lenkungsgruppe überführt werden.

(sib)

- Alle Beschlüsse der 48. Sitzung des IT-Planungsrats (liegen rund eine Woche nach der Sitzung vor)